

INTERGLOBAL

ANGRIFFE DER HUTHI-MILIZ

Punktsieg für das iranische Regime

Manuel Störmer

Im Jemen hat die schiitische Huthi-Miliz Gebiete an der wichtigen Meeresstraße Bab al-Mandab von jemenitischen Regierungstruppen erobert. Damit kontrolliert eine mit dem iranischen Regime verbündete Miliz eine weitere Meerenge und stärkt jenes im Konflikt mit den USA.

Die Huthi sind im Jemen auf dem Vormarsch: Die schiitisch-islamistische proiranische Miliz hat am Donnerstag vergangener Woche nach tagelangen Kämpfen die strategisch wichtige Hafenstadt Mocha erobert, die bis dahin von den Truppen der international anerkannten jemenitischen Regierung unter Präsident Raschad al-Alimi gehalten wurde. Ebenso nahmen sie bei einer die Woche zuvor begonnenen Offensive die Stadt Dhubab südlich von Mocha ein und rückten nahe der strategisch wichtigen Stadt Taiz östlich davon bis zur Südwestküste des Jemen vor. Vor allem aber besetzten sie am Donnerstag die Hanish-Inseln und einen Tag später die Insel Perim im Roten Meer. Somit kann die islamistische Miliz nun den Schiffsverkehrsverkehr durch den dort gelegenen Bab al-Mandab kontrollieren, jene wichtige Meerenge, die das Rote Meer mit dem Indischen Ozean und damit das Mittelmeer über den Suez-Kanal mit Asien und Ostafrika verbindet.

Zwar behaupteten die Huthi zunächst, die Schifffahrt durch die Meerenge sei sicher, doch haben sie nun die Möglichkeit, mit Angriffen auf Handelsschiffe zu drohen und so Abgaben für die Durchfahrt zu erpressen. Zudem können sie nun noch leichter Blockaden als politisches Druckmittel gegen den Rest der Welt nutzen, so wie sie es bereits in Solidarität mit der Hamas gegen Israel ab Oktober 2023 getan haben. Bis 2023 passierten täglich neun Millionen Barrel Rohöl die Meeresstraße, etwa neun Prozent der weltweiten Nachfrage, ebenso etwa zehn Prozent des auf See verschifften Güterverkehrs, doch auch nach den Huthi-Angriffen ab 2023 führen noch immerhin halb so viele Schiffe wie vor 2023 durch den Bab al-Mandab. Die Möglichkeit zur Erpressung und zur politisch-ökonomischen Einflussnahme besteht also weiterhin.

Die Huthi-Miliz wird von der Islamischen Republik Iran mit Waffen und Geld, aber auch mit Militärtechnologie unterstützt und gilt als deren Verbündete. Nach Angaben der US-Regierung halten sich im Jemen Hunderte Offiziere der iranischen Revolutionsgarden,

der mächtigen regimetreuen Parallelarmee des Iran, als Berater auf. Zahlreiche Expert*innen befürchten, dass die Huthi die Kontrolle der Meerenge auch im Sinne des iranischen Regimes nutzen dürften.

Die Eskalation verschärft die schwierige humanitäre Lage des Jemen.

Entsprechend alarmiert reagierte Jemens Präsident al-Alimi auf die Angriffe, die seinem Herrschaftsbereich galten. Als Vorsitzender eines achtköpfigen Präsidialrats muss er unterschiedliche politische Lager zusammenhalten, darunter sunnitische Islamisten, lokale Stammesführer sowie die Anhänger von Tarik Saleh, dem Neffen des 2017 von einem Huthi-Scharfschützen getöteten ehemaligen autoritären Präsidenten Ali Abdullah Saleh. Al-Alimi warf den „terroristischen Milizen“ der Huthi militärische Aggression und die Verletzung von Abkommen vor, wobei er sich auf den inoffiziellen Waffenstillstand bezog, der ab 2022 den 2014 ausgebrochenen jemenitischen Bürgerkrieg beruhigt und bis Juli dieses Jahres gehalten hatte. Zudem warf er dem Iran vor, sein Land durch die Unterstützung der Huthi zu destabilisieren, eine Flüchtlingskrise zu verursachen und die internationale Schifffahrt zu gefährden.

Vor allem aber rief er ausländische Staaten auf, zum Schutz der Handels-schifffahrt seine Regierung gegen die Huthi zu unterstützen.

Al-Alimis Aufruf fand vor allem in Saudi-Arabien Resonanz, dessen Regierung bereits seit dem Ausbruch des jemenitischen Bürgerkriegs 2014 bemüht ist, die Macht der Huthi einzuhegen. Anfang 2015 stellte Saudi-Arabien daher eine internationale Militärkoalition gegen die Miliz zusammen und führte auch selbst Luftangriffe auf diese aus. Nachdem sie 2022 eingestellt worden waren, wurden sie am Mittwoch voriger Woche in großem Stil wieder aufgenommen. Zuvor hatten die Huthi vier Städte im Südwesten Saudi-Arabiens mit Drohnen und Raketen angegriffen, wobei sie wichtige Ölanlagen sowie zivile Einrichtungen trafen und über 70 Menschen verletzten. Am Sonntag dann folgten weitere Angriffe auf saudische Städte und den Ölexporthafen Yanbu am roten Meer, wo eine wichtige Pipeline aus dem Nordosten Saudi-Arabiens endet. Sie wurde durch Angriffe einer proiranischen schiitischen Miliz, die im Irak operiert, beschädigt und ist derzeit außer Betrieb. Bereits im Juli hatte die Huthi-Miliz als Reaktion auf einen saudischen Luftangriff auf einen Flughafen eine Seeblockade gegen saudiarabische Schiffe erklärt und damit die Ölexporte des Landes nach Asien behindert.

Dem US-Nachrichtensender „CNN“ zufolge befinden sich seit einigen Wochen etwa 200 US-Militärberater in

Saudi-Arabien, um deren Armee geheimsdienstlich zu unterstützen. Telefonische Bitten des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman um US-Luftangriffe oder logistische Unterstützung wies US-Präsident Donald Trump hingegen zurück. Ihm zufolge hätten die Huthi die USA kontaktiert. „Sie wollen nicht mit uns kämpfen“, fügte er hinzu.

Die Eskalation verschärft die schwierige humanitäre Lage des Jemen, die sich nach dem Abschluss des Waffenstillstands von 2022 zunächst stabilisiert hatte. Bei einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats am Donnerstag vergangener Woche sprachen die Vereinten Nationen davon, 22 der über 30 Millionen Menschen im Jemen seien auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die weltweiten Kürzungen bei Nothilfeprogrammen, die Schließungen der Meerengen und die Energiekrise dürften diese humanitäre Notlage im Jemen zusätzlich verschärfen, zumal die Huthi immer wieder UN-Hilfsorganisationen behindern und deren Hilfsgüter plündern.

Dem Regime der Islamischen Republik Iran nützt die Lage im Jemen sehr, stärkt es doch seine Verhandlungsposition im seit Beginn des Iran-Kriegs Ende Februar anhaltenden Wirtschaftskrieg mit den USA. Durch die Eroberung des Bab al-Mandab kontrollieren der Iran beziehungsweise dessen Verbündete nun gleich zwei wichtige Meeresstraßen, die sie ähnlich wie die Angriffe auf saudische Ölanlagen als politisches Druckmittel einsetzen können.

Ein Ausdruck davon ist der Anstieg des Ölpreises auf 100 US-Dollar pro Barrel in der vergangenen Woche. Der innenpolitische Druck auf Trump steigt infolgedessen vor den im November stattfindenden US-Zwischenwahlen zum US-Kongress. Umfragen lassen deutliche Verluste seiner Republikanischen Partei erwarten. Zwar behauptete der US-Präsident, der Krieg werde kurz nach den Zwischenwahlen enden, doch laut einem Bericht des „Wall Street Journal“ hielten mehrere seiner Berater es angesichts der iranischen Taktik für möglich, dass er bis zum Ende von Trumps Amtszeit weitergehen könnte, also bis Anfang 2029.

Schlagkräftige Truppe: Die vom Iran ausgerüstete jemenitische Huthi-Miliz.



FOTO: EPA/YAHYA ARHAB

Manuel Störmer ist Redakteur der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung „Jungle World“, mit der die woxx seit vielen Jahren kooperiert.